

Lehrlingsparlament beschließt Strafrechtsverschärfungen gegen Hate Speech

Verhetzungsparagraf wird umfassend novelliert

Wien (PK) – Im Kampf gegen Hassrede und Verhetzung im Internet aber auch im öffentlichen Raum wurde heute vom Lehrlingsparlament eine Strafrechtsnovelle, die den Verhetzungsparagrafen entsprechend erweitert, mehrheitlich beschlossen. Auf Grundlage einer Regierungsvorlage sind die Abgeordneten nach kontroversen Ausschussdebatten etwa über alternative Strafformen wie die Möglichkeit von Sozialdiensten oder Therapien für TäterInnen letztendlich übereingekommen, die rechtlichen Maßnahmen gegen Hate Speech weitgehend zu verschärfen. Klubübergreifender Konsens bestand in der Plenarsitzung des Lehrlingsparlaments unter der Leitung von Bundesratspräsident Mario Lindner darin, dass die seit 1. Jänner 2016 geltenden Regelungen gegen Hassrede im Strafgesetz nicht ausreichen. Kernpunkte der Novellierung betreffen die Erweiterung des Personenkreises, der durch den Verhetzungsparagrafen geschützt werden soll sowie eine Erhöhung des Strafrahmens. Außerdem drohen im Fall einer Verhetzung Geldstrafen.

Konkret werden durch die Änderungen Hassrede und Beschimpfung auch im kleinen Kreis strafbar. In Zukunft reicht es aus, dass jemand gegenüber nur einer oder weniger Personen hetzt. Wer öffentlich zu Gewalt gegen Menschen beispielweise aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsangehörigkeit, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Geschlechts, Alters oder sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund anderer besonderer Merkmale aufruft, muss in Zukunft eine Geldstrafe von bis zu 720 Tagessätzen oder eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren verbüßen. Der schützenswerte Personenkreis wurde ausgeweitet, um möglichst alle Betroffenen zu berücksichtigen.

Höhere Strafen gibt es außerdem bei Verhetzung in einem Druckwerk, im Fernsehen oder Radio sowie im Fall von Hasspostings im Internet. Zukünftig droht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe von bis zu 1100 Tagessätzen, wenn Verhetzung online erfolgt und weitverbreitet wird. Damit fällt auch das Teilen eines Hasspostings über Soziale Netzwerke unter den Straftatbestand der Verhetzung. In den Fokus nimmt das Gesetz Personen des öffentlichen Lebens und Autoritätspersonen.

Zahlreiche im thematischen Zusammenhang stehende und darüber hinausgehende Forderungen an die Bundesregierung machten die Abgeordneten des Lehrlingsparlaments in Entschließungsanträgen geltend, von denen der Großteil mit Mehrheit angenommen wurde.

Gemeinsames Vorgehen gegen Hassrede

Bei Hassrede handle es sich um ein aktuelles Thema, das gerade in den Sozialen Netzwerken immer mehr an Präsenz gewinne, so die Bestandsaufnahme von Weiß-Abgeordneten Martin Kacirek am Beginn des Plenums. Als einen wichtigen Schritt gegen Hassrede bezeichneten Stephan Hammer vom Klub Violett sowie Ahmed Schierbauer und Martin Wegscheider vom Klub Grau die Einigung über die Strafrechtsnovelle im Lehrlingsparlament. "Wir müssen uns gegen Verhetzung vereinen", so Schierbauer. Dem Klub Türkis sei klar gewesen, dass es neue gesetzliche Maßnahmen braucht, sagte zudem Abgeordneter Fabian Winter. "Hate Speech ist ein weit verbreitetes Thema und kann überall stattfinden. Es ist wichtig, dass wir alle zusammen dagegen vorgehen", so die klare Positionierung Marina Marinkovićs von den Gelben.

Dass der Kreis der schützenswerten Personen durch die Novelle ausgeweitet wird, war besonders den Abgeordneten Samira Shady Sany vom Klub Violett, Lisette Kerschbaumer vom Klub Grau, Alexander Treumann vom Klub Gelb sowie Dominik Vidaković vom Klub Türkis ein Anliegen. Geht es um die Strafformen, sei es für den Klub Weiß wichtig gewesen, TäterInnen nicht sofort einzusperren, sondern auch alternative Strafformen anzudenken, sagte Abgeordneter Mathias

Dojnik. Beschimpfung hätten die Weißen zudem aus dem Verhetzungsparagrafen herausgenommen. Dass die Möglichkeit von Sozialstunden oder Resozialisierungsmaßnahmen für TäterInnen nicht implementiert wurden, bedauerten Treumann als auch Türkis-Abgeordneter Marco Hofer. Dieser Meinung schloss sich Weiß-Abgeordneter Dominik Wachter an. Oft würden TäterInnen nicht wissen, was sie mit ihren Worten anrichten, meinte er. Hassrede könne aus seiner Sicht verhindert werden, indem Menschen ohne Vorurteile zusammengebracht werden. Dominik Braun von den Violetten begrüßte es, dass Geldstrafen nun explizit gesetzlich festgeschrieben sind. Gelb-Abgeordneter Marcello Stanojević sprach sich für eine Kombination von Geld- und Haftstrafen sowie Sozialdienst aus.

Abgeordnete setzen auf Prävention

Damit es erst gar nicht zu Verhetzung kommt, brachten die Abgeordneten des Lehrlingsparlaments eine Reihe von Entschließungsanträgen mit Präventionsvorschlägen ein. Mehrheitlich angenommen wurde so eine Idee des Klub Gelb, wonach Mobbing eine Straftat werden soll. "Außerdem wollen wir, dass Opfern Zugang zu kostenloser Beratung und Therapie gewährt wird", bekräftigte Katja Reitbauer ihr Anliegen.

Der Klub Grau konnte wiederum mit der Forderung nach einer anonymen Online-Meldestelle im Plenum punkten. Abgeordneter Gülbenk Göcer argumentierte, dass es für viele Menschen einfacher sei, sich bei der Polizei über eine Internetplattform zu melden, da viele von den Opfern Angst hätten, von den TäterInnen gesehen zu werden.

Auch zwei fraktionsübergreifende Resolutionen schafften die Stimmenmehrheit im Lehrlingsparlament. Der von Grau-Abgeordneter Claudia Egger eingebrachte Antrag von den Klubs Grau und Weiß fordert vermehrte Präventionsarbeit an Schulen. In eine ähnliche Stoßrichtung geht auch eine weitere Aufforderung an die Bundesregierung von Seiten der Türkisen, Weißen und Violetten. Die Abgeordneten sehen Handlungsbedarf in der Frühförderung beim Thema Mobbing und Hate-Speech. "Es geht um den sozialen Umgang miteinander", so Reyhan Özger vom Klub Türkis.

Keine Zustimmung erhielt ein Entschließungsantrag der Violetten gegen die negative Berichterstattung durch Medien. Diese würde oftmals Hass schüren, meinte dazu Abgeordnete Victoria Garber. Die negative Darstellung beispielsweise von Flüchtlingen in den Medien führe dazu, dass es vermehrt zu Hass komme, meinte ebenfalls Kacirek vom Klub Weiß.

In der Minderheit blieb ein weiterer Antrag vom Klub Violett, der von Hannah Prattis eingebracht wurde und Workshops an Schulen zum Thema Solidarität, Zivilcourage und Hassrede zur Sensibilisierung von SchülerInnen fordert. Abgelehnt wurde schließlich auch die von Abgeordneter Petra Kalman vorgebrachte Idee der Gelben, im Geschichtsunterricht und in der politischen Bildung an Mittelschulen im Zusammenhang mit Kriegen vor allem auch Friedensbewegungen und Friedensabkommen zu besprechen. (Schluss)